

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1980

Linz 1981

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

INHALT

	Seite
Abkürzungen	7
Verzeichnis der Mitarbeiter	8
Vorwort des Bürgermeisters	9
Siegfried Haider (Linz): Zum Problem karolingischer Pfalzen in Oberösterreich	11
Fritz Mayrhofer (Linz): Zum Übergang von Linz an die Babenberger	39
† Max Neweklowsky (Linz): Marianne Willemer und Linz, ihre Ahnentafel und die oberösterreichische Familie Pirngruber	57
Georg Wacha (Linz): Marianne van Gangelt, verheiratete Marianne Willemer	81
Anneliese Schweiger (Linz): Die Stadt Linz in den Napoleonischen Kriegen. Die französischen Besetzungen der Stadt in den Jahren 1800, 1805 und 1809 und deren wirtschaftliche Auswirkungen	109
Kurt Tweraser (Fayetteville): Der Linzer Gemeinderat 1914 – 1934. Krise der parlamentarischen Demokratie	199
Buchbesprechungen	275

Der großdeutsche Sprecher begnügte sich mit einigen matten Bemerkungen. Seine Partei stünde in schärfster Opposition zur derzeitigen Regierung, da sich die Regierungspolitik nicht so sehr gegen den Marxismus, sondern gegen die nationale Bewegung richte.²³⁹ Die Debatte erreichte ihren Höhepunkt (es wurde das Horst-Wessel-Lied gesungen) mit der Stellungnahme des Nationalsozialisten Bolek, dessen Siegesicherheit keine Grenzen kannte. Dr. Koref rief er verachtungsvoll, aber nicht total inkorrekt zu, daß er eine Leichenrede auf das Parlament gehalten habe. „Wenn wir so stark in diesem Parlament wären als Ihre Partei . . . stünde es in Österreich anders. Ihr laßt euch von dieser Regierung mit nassen Fetzen zum Teufel jagen . . . Die Arbeiterschaft ist heute bereit zu kämpfen, aber die Führer sind es nicht.“²⁴⁰

Zuletzt ergriff Dr. Koref noch einmal das Wort und begründete die verspätete Protestkundgebung im Gemeinderat etwas schwächlich damit, daß man hoffe, nachdem der Bundespräsident an die Regierungsparteien appelliert hatte, den Konflikt ehebaldigst im Geiste der Verfassung zu bereinigen, er auch die notwendigen Maßnahmen trafe, damit seinem Appell Folge geleistet würde.²⁴¹

Alle sozialdemokratischen Bemühungen, einen Ausgleich mit der Regierung auf dem Verhandlungswege zu erzielen, erwiesen sich als Illusionen, da mit zunehmender Schwäche der Arbeiterbewegung die Verständigungsbereitschaft der Regierung abnahm und da sich überdies die Einflußmöglichkeiten der noch demokratisch gesinnten christlichsozialen Politiker in den Bundesländern als Wunschträume erwiesen. Andererseits wurden durch die Abbröckelungs- und Krisenerscheinungen im sozialdemokratischen Lager die Chancen eines bewaffneten Widerstandes immer geringer.²⁴² In dieser gespannten Atmosphäre wurde es auch immer schwieriger, sachliche Arbeit im Gemeinderat zu leisten. Zwar wurde den Nationalsozialisten durch die Landesregierung am 27. Juni 1933 jedwede Betätigung im Gemeinderat untersagt, doch standen ihnen die Heimwehrabgeordneten in der Primitivität und Arroganz ihrer Argumentation in nichts nach. In der Gemeinderatssitzung vom 15. Dezember 1933 war es dann auch dem Heimwehrler Otto Danner vorbehalten, die häßlichsten Akzente in der Debatte zu setzen. Seine giftigsten Bemerkungen reservierte er, dem Beispiel seines Führers Starhemberg folgend, für Christlichsoziale, die noch für die Demokratie waren. „Wir haben mit Ihrem System längst schon vollständig gebrochen“, rief er dem Gemeinderat zu. „Wir sitzen hier nicht als Parteileute, sondern nur als Beobachter . . . Geben Sie dem Volk und der Wirtschaft freiwillig die Rechte zurück, die Sie Ihnen entwunden haben. Warten Sie nicht auf den Sturm, der Sie sonst hinwegfegen würde.“²⁴³ Der Sturm des Volkes gegen die Demokratie kam zwar nicht, wohl aber ein Verzweiflungsaufstand noch kampftentschlossener Teile der Arbeiterschaft, die von den Provoka-

²³⁹ Nur drei Tage später schlossen die Großdeutschen mit den Nationalsozialisten eine Kampfgemeinschaft und wurden als solche auch im Gemeinderat aktiv. AStL, GPR vom 16. Juni 1933. Allgemein dazu Ackerl, Kampfbandnis (wie Anm. 14), 121–128; Langoth (wie Anm. 40), 101 f.

²⁴⁰ AStL, GPR vom 12. Mai 1933.

²⁴¹ Die Hoffnungen, daß sich der Bundespräsident gegen Dollfuß durchsetzen könnte oder auch nur wollte, waren illusionär. Vgl. Verena Lang, Die Haltung des Bundespräsidenten Miklas gegenüber der Sozialdemokratischen Partei 1933/34. In: Das Jahr 1934: 12. Februar, Wien 1975, 9–14.

²⁴² Zur Defensivpolitik der Sozialdemokratie in der Auflösungsphase der Ersten Republik siehe Everhard Holtmann, Zwischen Unterdrückung und Befreiung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933–1938, München 1978, 65–92.

²⁴³ AStL, GPR vom 15. Dezember 1933.

tionen aus dem Regierungslager genug hatten.²⁴⁴ Der 12. Februar 1934 erhellte die tatsächlichen Machtverhältnisse im Staat. Innerhalb weniger Stunden war die offene Diktatur errichtet. Der Linzer Gemeinderat wurde noch am 12. Februar aufgelöst.

DIE SOZIOLOGISCHE STRUKTUR DES GEMEINDERATES

Im vorangegangenen Abschnitt haben wir mit gewissen Einschränkungen angenommen, daß die parteipolitische Konstellation des Gemeinderates die politische Machtstruktur widerspiegelt. Zwar werden politische Persönlichkeiten das eine oder andere Mal in den Vordergrund gestellt, da Machtfunktionen durch kraftvolle oder schwache Persönlichkeiten in ihrer Bedeutung schwanken, doch wurde primär angenommen, daß sich die Macht einer Person in viel höherem Maße nach ihrer Funktion in der Partei richtet. In diesem Abschnitt gehen wir von der Annahme aus, daß die soziologische Struktur, wenn auch in grober Weise, die gesamtstädtische gesellschaftliche Machtstruktur reflektiert. Wir abstrahieren beinahe vollständig von der individuellen Persönlichkeit der Mandatare, d. h. ihren individuellen Fähigkeiten. Kein Unterschied wird zwischen Bürgermeister und letztem Mandatar gemacht.

Die Gemeinderäte und Ersatzmänner²⁴⁵ wurden nach bestimmten Merkmalen, wie Geschlecht, Alter, Schulbildung und Beruf, empirisch untersucht. Die resultierenden biographischen Datengerüste wurden dann in einen Deutungszusammenhang mit der im vorhergehenden Abschnitt behandelten geschichtlichen Entwicklung gebracht. Es stellt sich unmittelbar die Frage, ob es sich denn lohnt, die sozialen „background“-Daten zu studieren. Die zentrale Annahme in allen „background“-Studien ist ja, daß man daraus etwas über die politische Gesinnung und das politische Verhalten der Entscheidungsträger lernen kann, basierend auf der These, daß Gesinnungs- und Verhaltensweisen in einem beträchtlichen Ausmaß durch den individuellen Lebenslauf und die Gruppenzugehörigkeit geprägt werden.²⁴⁶ Als weitere Frage stellt sich, welche Merkmale den größten Aussagewert besitzen, jene, die sehr weit im individuellen Lebenslauf zurückliegen wie Schulbildung, geographische Herkunft, Religionszugehörigkeit, oder jene, die mit der gegenwärtigen Rolle zu tun haben, wie etwa Beruf, Parteizugehörigkeit oder Beteiligung an Interessenorganisationen. Mit anderen Worten, ist es wissenschaftlich vertretbar, Zusammenhänge zwischen Herkunft und Handlungsweise herzustellen. Darüber hinaus ergibt sich die Frage, ob der Gemeinderat als solcher überhaupt geeignet ist, die Sozialstruktur zu widerspiegeln, da ja keine Garantie besteht, daß alle Machtgruppen in Gesellschaft und Politik in diesem Gremium vertreten sind.

Trotz aller Bedenken ist es wahrscheinlich nicht sinnlos, Karrieremuster zu untersuchen, obwohl die Gruppen, die im Gemeinderat vertreten sind, keineswegs immer die

²⁴⁴ Zum Aufstand in Linz selbst Helmut Fiereder, *Der Republikanische Schutzbund in Linz und die Kampfhandlungen im Februar 1934*. In: *HistJbL* 1978, 201–248.

²⁴⁵ Um das statistische Universum zu vergrößern, wurden nicht nur alle am Anfang einer Mandatsperiode eintretenden Gemeinderäte analysiert, sondern auch die aus dem einen oder anderen Grund nachrückenden Ersatzmänner.

²⁴⁶ Zur Problematik der „social background“-Elitenstudien Lewis J. Edinger und Donald D. Searing, *Social Background in Elite Analysis. A Methodological Inquiry*. In: *American Political Science Review*, Vol. 61 (1967), 428–445; Dankwart A. Rustow, *The Study of Elites. Who's Who, When and How*. In: *World Politics*, Vol. 18 (1966), 690–717.

mächtigsten im System sind. Man kann doch berechtigterweise annehmen, daß die verfassungsmäßigen Kompetenzen zusammen mit den personellen Verflechtungen, die die Gemeinderäte mit gesellschaftlichen Machtzentren verbinden, dem Gemeinderat als Kollektivität eine größere Chance geben, Politik zu machen als anderen Gruppen. Vertretung im Gemeinderat ist demnach verwertbar als Index von Einfluß; weniger weil das Gemeinderatsmandat an sich Einfluß verleiht, als vielmehr weil Gemeinderatsmandate jenen Personen zukommen, deren Einfluß aus anderen Quellen wie Interessenvertretung und Parteien stammt. Weiters funktioniert der Gemeinderat auch als Kommunikationssystem, das durch enge formelle und auch informelle Kommunikationsmöglichkeiten einheitliches Handeln erleichtert.

Man sollte auch nicht vergessen, daß die Erforschung des sozialen Hintergrundes der Gemeinderäte einen Einblick in die Rekrutierungspraktiken der politischen Parteien und in ihre gesellschaftliche Verankerung liefert, da durch Personalunion und Ämterkumulation vielfältige Interdependenzen von Wirtschaft, Kirche, Verbänden und Massenmedien aufgezeigt werden.²⁴⁷ In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, wie weit es den lokalen Parteigruppen gelungen ist, die besten Kräfte für die Stadtverwaltung bereitzustellen, um so Ersatz für die Honoratioren, die früher die Gemeindevertreter stellten, zu schaffen.²⁴⁸ Wie weit spielten kommunalpolitische oder rein parteipolitische Gesichtspunkte eine Rolle in der Selektion der Gemeindefunktionäre. Die Nützlichkeit einer derartigen soziologischen Arbeit erweist sich nicht nur in der Deskription, sondern auch im Aufzeigen des Zusammenhanges zwischen „background“-Faktoren und politischem Verhalten, um letzteres zu erklären.²⁴⁹

Endlich muß auch berücksichtigt werden, daß diese Arbeit kein Ersatz für detaillierte Fallstudien ist²⁵⁰, daß Vorgänge in Linz niemals isoliert gesehen werden können, sondern in den Rahmen der oberösterreichischen, österreichischen, ja europäischen Entwicklung gestellt werden müssen und daß angesichts der Begrenztheit des Gegenstands, Verallgemeinerungen auf Grund von Ergebnissen, die nur von lokaler Bedeutung sind, cum grano salis zu nehmen sind.

Folgende soziale Daten wurden zur Analyse der Gemeinderäte herangezogen: Geschlecht, Alter, Konfessionszugehörigkeit, geographische Herkunft, Schulbildung, erlernter Beruf, zur Zeit des Mandats ausgeübter Beruf und Schichtenzugehörigkeit.

Geschlecht

Seit der Einführung des Frauenwahlrechtes bildeten die Frauen auch in Linz die Mehrheit der Wählerschaft, bei den Gemeinderatswahlen 1923 z. B. 52,8 Prozent.²⁵¹ Dennoch ist die Zahl der Frauen im Gemeinderat gering geblieben. Sie schwankt zwischen 8,2 und 9,7 Prozent. Das entsprach den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen, die durch starke Vorurteile gegen Frauen in der Politik gekennzeichnet

²⁴⁷ Klaus v. Beyme, *Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1971, 16 f.

²⁴⁸ Renate Mayntz, *Parteigruppen in der Großstadt*, Köln 1959, 3.

²⁴⁹ Edinger – Searing, *Social Background* (wie Anm. 246), 431.

²⁵⁰ Zur Frage, ob man von der Annahme ausgehen kann, daß die Inhaber amtlicher oder formeller Positionen auch die tatsächlich relevanten Entscheidungen treffen können oder ob man versuchen sollte, die an politischer Entscheidungsbildung Beteiligten durch Fallstudien herauszukristallisieren, vgl. Alf Ammon, *Eliten und Entscheidungen in Stadtgemeinden*, Berlin 1967.

²⁵¹ AStL, Alte Registratur, Sch. 85. Gemeinderatswahlen 1923.

waren, und durchaus der europäischen Norm mit der bemerkenswerten Ausnahme der skandinavischen Länder.²⁵²

Tabelle 5. Geschlecht der Gemeinderäte

Geschlecht	1919	1923	1927	1931
männlich	90,4 (66)	91,3 (63)	91,8 (67)	90,3 (65)
weiblich	9,6 (7)	8,7 (6)	8,2 (6)	9,7 (7)
	100 (73)	100 (69)	100 (73)	100 (72)

Analysiert man den Prozentsatz der Frauen nach Parteizugehörigkeit in Relation zu der Gesamtzahl der für die einzelnen Parteien abgegebenen gültigen Stimmen, ergeben sich einige interessante Unterschiede. Sowohl die Sozialdemokraten als auch die Christlichsozialen befürworteten bereits vor dem 1. Weltkrieg das Frauenwahlrecht. Beide erhofften sich durch Ausweitung des Wahlrechts auf die Frauen eine Verstärkung ihres Stimmenanteiles. Im allgemeinen ging die Rechnung der Christlichsozialen besser als die der Sozialdemokraten wegen der grundsätzlich konservativeren Haltung der Frauen auf, von der die etablierten bürgerlichen Parteien profitierten (Tabelle 6). Die Männer- und Frauenstimmen für die Sozialdemokratische Partei

Tabelle 6. Gesamtzahl der gültigen Stimmen nach Parteien und Geschlecht, Gemeinderatswahl 1923 (in absoluten Zahlen) *

	Sozialdemokraten	Christlichsoziale	Großdeutsche	Nationalsozialisten	Kommunisten
Männer	14.697	5.396	4.181	2.422	550
Frauen	13.341	9.759	4.978	2.111	304

* Quelle: AStL, Sch. 85, Gemeinderatswahlen 1923.

halten sich ungefähr die Waage, während die Christlichsozialen ein deutliches Übergewicht der Frauen zeigen. Extremistische Parteien von links und rechts erhielten weniger Frauen- als Männerstimmen.²⁵³ Trotz dieser eindeutigen Präferenz der Frauen für die Christlichsozialen zeigt sich kein nennenswerter Unterschied im Prozentsatz der Frauen im Gemeinderat zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen.²⁵⁴ (Tabelle 7). Betrachtet man aber die Wahlvorschläge von Sozialdemokraten und Christlichsozialen, so ergibt sich eine weitaus freundlichere Haltung der Sozialdemokraten als der Christlichsozialen gegenüber den Frauen, da die Sozialdemokraten ständig drei Frauen auf sicherem Rang plazierten, während sich die christlichsozialen Frauen mit einem sicheren Sitz begnügen mußten. Es scheint der Druck der Frauenorganisation auf die Parteileitungen bei den Sozialdemokraten effektiver

²⁵² Alzada Comstock, Women Members of European Parliaments. In: American Political Science Review, Vol. 20 (1926), 379–384; Ingunn Norderval Means, Political Recruitment of Women in Norway. In: The Western Political Quarterly, Vol. XXV (September 1972), 496–521.

²⁵³ Ähnliche Ergebnisse zeigen sich bei den Gemeinderatswahlen 1927. Dies trifft jedoch nicht für die Heimwehr zu, da z. B. bei den Landtagswahlen 1931 in Linz-Stadt von 9697 Gesamtstimmen 5588 auf Frauen entfielen. AStL, Alte Registratur, Sch. 90. Landtagswahlen 1931.

²⁵⁴ Augenscheinlich besteht eine negative Korrelation zwischen dem Anteil der weiblichen Wähler und dem der weiblichen Parlamentarier. Vgl. Pelinka – Welan, Demokratie und Verfassung (wie Anm. 15), 94.

gewesen zu sein. Besonders deutlich wird das im Jahr 1931 mit dem relativ hohen Prozentsatz von 13,2.²⁵⁵

Tabelle 7. Geschlecht der Gemeinderäte nach Parteizugehörigkeit

Partei	1919		1923		1927		1931	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
Sozialdemokraten	92,9 (39)	7,1 (3)	91,2 (31)	8,8 (3)	91,1 (35)	7,9 (3)	86,8 (33)	13,2 (5)
Christlichsoziale	90,0 (18)	10,0 (2)	88,9 (16)	11,1 (2)	94,1 (16)	5,9 (1)	93,3 (14)	6,7 (1)
Großdeutsche	81,8 (9)	18,2 (2)	92,3 (12)	7,7 (1)	91,7 (11)	8,3 (1)	80,0 (4)	20,0 (1)
Nationalsozialisten	—	—	100,0 (4)	—	83,3 (5)	16,7 (1)	100,0 (6)	—
Heimwehr	—	—	—	—	—	—	100,0 (8)	—

In zahlenmäßig kleinen parlamentarischen Fraktionen haben die Frauen sehr geringe Chancen, ein Mandat zu erhalten. Bei den Großdeutschen in Linz ist das allerdings nicht der Fall, da sie bei jeder Wahl mindestens eine Frau auf einen sicheren Listenplatz setzten. Als reine Männerparteien stellen sich nur die Heimwehr und die Kommunisten dar, obwohl auch sie es nicht versäumten, aus optischen Gründen Frauen aufzustellen, allerdings auf aussichtslosen Plätzen.²⁵⁶ Eine bemerkenswerte Rolle spielten Frauen bei den Nationalsozialisten. Obwohl die Nationalsozialisten offiziell gegen Frauen in führenden Positionen waren, wurden sie in Linz auf die Wahllisten gesetzt. 1927 zog eine von ihnen tatsächlich in den Gemeinderat ein, wo sie sich rührig betätigte.²⁵⁷ Im allgemeinen muß aber gesagt werden, daß politische Aktivität nicht nur von den Nationalsozialisten als männliches Vorrecht betrachtet wurde.²⁵⁸

Altersstruktur

Die Etablierung eines neuen Systems ist mit einer vergleichsweise größeren Bedeutung jüngerer Jahrgänge verbunden. Nach der Konstituierung eines Gremiums setzen sich jedoch bestimmte Altersgruppen auf lange Zeit darin fest. Über Zeit erfolgt dann ein Veralterungsprozeß in allen Fraktionen, so daß sich eine Tendenz zur Gerontokratie zeigt. Extremistische Parteien haben im allgemeinen jüngere Mandatare als Establishmentparteien. Inwieweit diese Generalisierungen für den Linzer Gemeinderat stimmen, zeigen die nachfolgenden Tabellen.²⁵⁹ (Tabelle 8). Vergleicht man die Altersklas-

²⁵⁵ Das Jahr 1931 zeigt auch die geschlechtsunterschiedliche Entwicklung der sozialdemokratischen Parteimitglieder. Der Zugang war fast ausschließlich auf Frauen zurückzuführen. Er betrug zwischen 1924 und 1930 ca. 1000 Mitglieder. Die Zahl der männlichen Mitglieder verringerte sich von 9314 im Jahre 1924 auf 9289 im Jahre 1930. Vgl. Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs 1931, 14 f.

²⁵⁶ AStL, Alte Registratur, Sch. 90, Gemeinderatswahl 1931.

²⁵⁷ Es war dies Maria Werbig, die durch ihre schriftstellerische und politische Tätigkeit so sehr gegen die Rollenkonzeption, die die Nationalsozialisten für Frauen adoptiert hatten, rebellierte, daß sie 1931 zum Rücktritt von ihrem Gemeinderatsmandat gezwungen wurde. Dazu AStL, Mandatarskartei.

²⁵⁸ Daran änderte sich auch nichts nach dem 2. Weltkrieg. Dazu beispielsweise Erwin Wenzl, Die Alters- und Berufsstruktur der Gemeindevandatare in Oberösterreich, Linz 1964.

²⁵⁹ Allgemein über Alter und politisches Verhalten Henrik Kreutz, Altersrolle, soziale Schicht und

Tabelle 8. Altersstruktur

	1913	1919	1923	1927	1931
1. Unter 34	2,1 (1)	9,6 (7)	14,5 (10)	12,3 (9)	12,5 (9)
2. 35 bis 44	29,2 (14)	45,3 (33)	33,4 (23)	34,3 (25)	38,9 (28)
3. 45 bis 54	39,5 (19)	34,2 (25)	34,8 (24)	30,1 (22)	23,6 (17)
4. 55 bis 64	22,9 (11)	8,2 (6)	14,5 (10)	19,2 (14)	22,2 (16)
5. 65 bis 69	4,2 (2)	0,0 (0)	0,0 (0)	1,4 (1)	1,4 (1)
6. 70 bis 74	2,1 (1)	0,0 (0)	1,4 (1)	0,0 (0)	0,0 (0)
7. 75 und darüber	0,0 (0)	2,7 (2)	1,4 (1)	2,7 (2)	1,4 (1)
	100 (48)	100 (73)	100 (69)	100 (73)	100 (72)

sen 1 und 2 1913 und 1919 (31,3 % bzw. 54,9 %), sehen wir eine drastische Verschiebung zugunsten der jüngeren Gemeinderäte im Jahre 1919, eine klare Reflexion der historischen Zäsur von 1918. Dies wird auch in einem Vergleich des Durchschnittsalters der Mandatäre ersichtlich (Tabelle 9). Das Durchschnittsalter aller Gemeinderäte im Jahre 1913 betrug 49,1 Jahre, 1919 43,9 Jahre. Dieser Verjüngungsprozeß zeigt sich übrigens auch im oberösterreichischen Landtag, wo sich 1919 ein Durchschnittsalter von 44 Jahren ergab.²⁶⁰ Auch die Tendenz zur Gerontokratie ist in abgeschwächter Form mit dem Ansteigen des Durchschnittsalters von 43,9 im Jahre 1919 auf 45,3 Jahre im Jahre 1931 erkennbar. Dies kann auch aus der Zusammenfassung der Altersklassen 4 bis 7 abgelesen werden. Die Zahl der Gemeinderäte über 55 Jahre stieg von 10,9 Prozent 1919 auf 25 Prozent 1931. Das Durchschnittsalter der extremistischen Parteien liegt niedriger als das der etablierten.

Tabelle 9. Durchschnittsalter der Mandatäre nach politischer Zuordnung

	1913	1919	1923	1927	1931
Sozialdemokraten	43,8	42,5	45,0	46,8	47,9
Christlichsoziale	45,3	45,9	44,5	45,9	44,6
Deutschnationale, Großdeutsche	50,4	45,4	46,5	47,5	48,2
Nationalsozialisten			40,3	39,3	38,0
Heimwehr					37,6
Unbekannt	58,0				
Gemeinderat	49,1	43,9	44,9	46,1	45,3

Wertvolle Aufschlüsse ergeben sich auch aus einer Analyse der Altersstruktur der verschiedenen Fraktionen. Infolge des langwierigen Bewährungsaufstieges, der demokratischen Politikern meist abverlangt wird, sind die drei demokratischen Parteien im Durchschnitt älter als die revolutionären Parteien. Der Trend zur Gerontokratie zeigt

politische Generationsbildung in Österreich. In: Soziologie. Forschung in Österreich, hrsg. v. Leopold Rosenmayr und Sigurd Höllinger, Wien 1969, 363–400.

²⁶⁰ Slapnicka, Führungsschicht (wie Anm. 4), 26 ff.

sich am deutlichsten bei den Sozialdemokraten (Tabelle 10). Während der Anteil der Unter-34jährigen 1919 noch 12,2 Prozent betrug, lag er 1931 nur noch bei 7,9 Prozent. Noch deutlicher wird dieser Trend, wenn man die Altersklassen 4 und 5 zusammen-

Tabelle 10. Altersstruktur der Sozialdemokraten, Christlichsozialen und Großdeutschen, 1919 und 1931 (in Prozenten)

	SD		CS		GD	
	1919	1931	1919	1931	1919	1931
1. unter 34	12,2	7,9	5,3	21,4	9,1	—
2. 35 bis 44	48,8	31,7	42,1	35,7	45,5	40,0
3. 45 bis 54	36,6	28,9	42,1	14,3	18,2	40,0
4. 55 bis 64	2,4	28,9	10,5	28,6	27,3	10,0
5. 65 und darüber	—	2,6	—	—	—	—
	100	100	100	100	100	100

faßt. 1919 sind nur 2,4 Prozent der Sozialdemokraten über 55 Jahre alt, 1931 sind es 31,5 Prozent. Nimmt man an, daß die Altersverteilung auch den Einfluß der Jugendorganisationen einer Partei reflektiert, da diese als Rekrutierungs- und Trainingsagenturen fungieren, kann man nur auf einen geringen Einfluß der Jugendorganisationen bei den Sozialdemokraten schließen. Andererseits kann die Unterrepräsentiertheit der jüngeren Altersklassen auch darauf zurückgeführt werden, daß durch den Rückstand an formaler Schulbildung ein langwieriger Prozeß von Parteischulung den Eintritt in öffentliche Gremien verzögert.²⁶¹ Abgesehen von den langen Wartezeiten, muß man auch die Filterwirkung des bürokratischen Apparates berücksichtigen, der sich besonders bei sozialdemokratischen Parteien während der Periode der Konsolidierung bemerkbar machte. Das Gesetz der „relativen Überalterung“ der Mandatare von Arbeiterparteien ist auch in Linz in Kraft.

Die Christlichsoziale Partei weist einen leichten Verjüngungstrend auf. 1919 war das Durchschnittsalter der christlichsozialen Gemeindemandatare 45,9 Jahre, 1931 44,6 Jahre. Besonders deutlich zeigt sich der Trend darin, daß der Anteil der Unter-34jährigen von 5,3 1919 auf 21,4 Prozent 1931 stieg. Dies läßt den Schluß zu, daß im Gegensatz zu den Sozialdemokraten die Zeit des „Hinaufdienens“ in der Parteistruktur kürzer war, einerseits wegen der besseren Ausbildung bürgerlicher Mandatare, andererseits wegen des geringeren Grades der Verbürokratisierung. Die älteste Partei im Gemeinderat waren die Großdeutschen, bei denen noch die bei Honoratiorenparteien typische normative Erwartung einer schicklichen Warteperiode, bevor man Kandidat wurde, nachwirkte. Die Rekrutierung jüngerer Kräfte war auch durch die Konkurrenz der Nationalsozialisten erschwert, deren radikalere Ideen größere Anziehungskraft auf die Jugend hatten. Beweis dafür liefert das Differential von 10,2 Jahren im Durchschnittsalter von Großdeutschen und Nationalsozialisten im Jahre 1931.

Konfessionszugehörigkeit

Religionszugehörigkeit bzw. Konfessionslosigkeit erweisen sich als eine Variable von hoher Prediktabilität. Vergleicht man die Resultate der Volkszählung von 1923²⁶² (92 Prozent römisch-katholisch, 4 Prozent protestantisch, 1 Prozent altkatholisch, 1 Prozent

²⁶¹ Peter Gerlich – Helmut Kramer, *Abgeordnete in der Parteiendemokratie*, Wien 1969, 58.

²⁶² Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. März 1925.

mosaisch, 2 Prozent konfessionslos) mit der religiösen Zusammensetzung des Gemeinderates (Tabelle 11) springen einige Diskrepanzen sofort ins Auge; die Katholiken sind unterrepräsentiert (67 gegen 94 Prozent) und Konfessionslose sind überrepräsentiert (2

Tabelle 11. Religionszugehörigkeit der Gemeinderäte

Religion	1913	1919	1923	1927	1931
Römisch-katholisch	83,2 40	68,5 50	66,7 46	67,0 49	52,8 38
Protestantisch	4,2 2	1,4 1	2,9 2	5,5 4	8,3 6
Alt-katholisch	2,1 1	6,8 5	1,4 1	1,4 1	1,4 1
Mosaisch	—	4,1 3	2,9 2	1,4 1	1,4 1
Konfessionslos/ Gottgläubig	6,3 3	17,8 13	24,7 17	24,7 18	34,7 25
Unbekannt	4,2 2	1,4 1	1,4 1	—	1,4 1
	100 48	100 73	100 69	100 73	100 72

gegen 24,7 Prozent). Oberflächlich gesehen, ist Linz in der Zwischenkriegszeit eine katholische Stadt. Eine Volkszählung macht aber keinen Unterschied zwischen überzeugten Katholiken, durchschnittlichen Dominikanten, Saisonkatholiken und Taufscheinkatholiken. Variationen in der Intensität des Glaubensbekenntnisses kommen daher besser in Gremien zum Ausdruck, deren Zusammensetzung eine enge Verknüpfung von konfessionellen und politischen Bindungen und Interessen zeigt. Deshalb gibt die Tabelle 11 vielleicht eine realistischere Darstellung der konfessionellen Lage in Linz als die Volkszählung. Besonders aussagekräftig wird die Variable Konfessionslosigkeit, wenn sie nach der Parteizugehörigkeit aufgeschlüsselt wird (Tabelle 12).

Mit dem Zusammenbruch der Monarchie wurde die Christlichsoziale Partei zum Protektor der Kirche, was sich besonders in der Kulturpolitik in bezug auf Schule und Ehe auswirkte. Infolge dieser engen Verflechtung von Partei und Kirche war es undenkbar, daß ein christlichsozialer Mandatar nicht aktiv in einer katholischen kirchlichen Organisation tätig war. Der Gegensatz bestand nicht zwischen Religion und Nichtreligion, sondern zwischen Katholizismus und anderen Religionen oder quasi-religiösen Haltungen. Es scheint daher auch kein Protestant unter den christlichsozialen Mandataren auf.²⁶³ Christlichsoziale Mandatare hatten 100 Prozent katholisch zu sein. Die religiöse Frontstellung Katholizismus gegen andere Konfessionen war auch in Linz beinahe total, obwohl man hinzufügen muß, daß die einflußreicheren Sozialdemokraten in Linz wohl die Kirche eines Bischofs Gföllner als „Erzfeind des Fortschritts und der Freiheit“ betrachteten, nicht aber die Christlichsoziale Partei eines Hauser und eines Schlegel. Mit dem hohen Integrationsgrad beider Lager war es unvermeidlich, daß die

²⁶³ Über die historischen Voraussetzungen der katholischen Kirche in der österreichischen Politik Heinrich Schneider, *Katholische Kirche und österreichische Politik*. In: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1977, hrsg. v. Andreas Kohl und Alfred Stirnemann, München 1978, 173–179; allgemein dazu die einschlägigen Arbeiten in *Kirche in Österreich 1918–1965*, hrsg. v. Ferdinand Klostermann, Hans Kriegl u. a., 2 Bde., Wien–München 1966–67; Hanisch, *Ideologie* (wie Anm. 13).

Haltungen zum politischen Katholizismus einerseits und zur Freidenkerbewegung andererseits die gegenseitigen Feindbilder bestimmten. Der Sozialdemokratischen Partei beizutreten wurde allgemein als schwer sündhaftes Verhalten angeprangert.²⁶⁴ Die Sozialdemokraten ihrerseits betrachteten die Priester als Wahlhilfsgruppen für das Kapital.²⁶⁵ Das „Linzer Programm“ vom Jahre 1926 enthielt den Passus, daß „der Kapitalismus mit dem Zustand des Elends der Unwissenheit und Unterwürfigkeit der breiten Massen“ auch die religiösen Anschauungen dieser Volksmassen aufrechtzuerhalten bestrebt ist. Es erklärte die Religion als Privatsache.²⁶⁶

Die Kirchenaustrittsbewegung hielt sich jedoch in Linz, absolut gesehen, in bescheidenem Rahmen. 1910 betrug die Zahl der Konfessionslosen nur 37, 1923 war sie auf 1716 angestiegen, 1928 auf 3865. Die prozentuell drastische Erhöhung zwischen 1910 und 1923 ist natürlich ein Indikator für die politische Umwälzung des Jahres 1918, was ja auch in der Erhöhung der Prozentzahlen im Gemeinderat ersichtlich ist (von 6,3 im Jahre 1913 auf 17,8 1919 und 24,7 Prozent 1923).²⁶⁷ Die Zahl der Austritte erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1923, die Rolle des „Prälaten ohne Milde“ nach dem 15. Juli 1927, die anderswo zu einer zweiten Austrittswelle führte, ist im Linzer Gemeinderat, aber nicht in der allgemeinen Bevölkerung zu erkennen.

Während die Sozialdemokraten den höchsten Prozentsatz der Konfessionslosen stellten, ergab sich auch bei anderen Parteien eine Streuung der religiösen Affiliation. Die Kategorie „konfessionslos“ umschließt nicht nur die marxistischen Konfessionslosen, sondern auch bürgerlich-liberale Konfessionslose, auf die Los-von-Rom-Bewegung zurückgehend, und die sogenannten „Gottgläubigen“. Es existiert eine offensichtliche Beziehung zwischen den rechtsgerichteten politischen Parteien und protestantischem Bekenntnis bzw. Konfessionslosigkeit in der „gottgläubigen“ Version. Dies trifft sogar für die Heimwehr zu, die sich doch einen katholischen Anstrich zu geben bemühte. Die Kategorie „alt-katholisch“ war attraktiv für Sozialdemokraten, die nicht den Schritt zur Konfessionslosigkeit machen wollten.

Wie man den Antisemitismus von Christlichsozialen und von Großdeutschen erwarten konnte, waren alle Gemeinderäte jüdischer Herkunft Sozialdemokraten. Keine der Parteien in Linz war vollkommen unberührt vom Antisemitismus, doch bestanden wesentliche Unterschiede von Partei zu Partei sowohl in der Intensität als auch in der Begründung des Antisemitismus. Am schwächsten war der Antisemitismus bei den Sozialdemokraten ausgeprägt, eine reine Funktion des Kampfes gegen den Kapitalismus, bei dem es eventuell „den Reichen ohne Unterschied der Konfession und Rasse an den Kragen“ gehen wird.²⁶⁸ Der katholische Antisemitismus war nicht nur ökonomisch,

²⁶⁴ Theologisch-praktische Quartalschrift, 76 Jg. (1923), 103 und 81 Jg. (1928), 467.

²⁶⁵ Im Linzer Gemeinderat war nur ein Vertreter des Klerus, nämlich Georg Stempfer. Die Invektive „Pfaffe“ wurde von den Sozialdemokraten im Gemeinderat wiederholt gebraucht.

²⁶⁶ Österreichische Parteiprogramme (wie Anm. 48), 258 ff.

²⁶⁷ Religionsübertritte in Linz

	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
von r.k. zu konfessionslos	429	584	239	259	306	306	175	199	114	87	70
evangelisch	63	44	45	36	35	31	26	36	25	52	29
altkatholisch	92	104	70	33	48	88	44	32	39	34	27

Zusammengestellt nach AStL, Statistische Vierteljahresberichte der Stadt Linz 1922–1932.

²⁶⁸ John Bunzl, Arbeiterbewegung und Antisemitismus in Österreich vor und nach dem ersten Weltkrieg. In: Zeitgeschichte, Bd. 4 (1976/77), 161–171; Karl Stuhlpfarrer, Antisemitismus,

sondern auch religiös und hatte auch eine rassistische Komponente, die besonders die christlichen Arbeiter ansprach. Das „Linzer Programm“ der christlichen Arbeiter Österreichs aus dem Jahre 1923 enthielt die Forderung, „daß die Führer der Arbeiterschaft in Abstammung und Denkart dem bodenständigen christlichen Volk angehören und daß der zersetzende Einfluß des Judentums aus dem Geistes- und Wirtschaftsleben des deutschen Volkes verdrängt werden müsse.“²⁶⁹ Auch die Großdeutsche Partei war programmatisch auf den Rassenantisemitismus festgelegt, ganz zu schweigen von der Heimwehr und den Nationalsozialisten. Die Abwesenheit jedweder rassistischer Diskriminierung bei den Sozialdemokraten erklärt denn auch genügend, warum sie Gemeinderäte jüdischer Abstammung in ihren Reihen hatten.²⁷⁰

Geographische Herkunft

Im Vergleich mit den Resultaten der Volkszählung 1923²⁷¹ sind die Linzer im Gemeinderat leicht unterrepräsentiert (Tabelle 13). Das Jahr 1919 reflektiert im Vergleich mit 1913 die Turbulenz der Nachkriegsjahre zweifach; einmal im Rückgang von gebürtigen Linzern von 41,6 Prozent auf 26 Prozent, zum anderen im Ansteigen der Gemeinderäte aus dem böhmischen Raum von 6,3 Prozent auf 15,1 Prozent. Mit zunehmender Konsolidierung läßt sich ein Anwachsen von in Linz gebürtigen Gemeinderäten und eine Abnahme von in Böhmen, Mähren und Schlesien gebürtigen Mandataren feststellen. Im allgemeinen bewegten sich die Prozentsätze der aus Oberösterreich und Linz Gebürtigen zwischen 1919 und 1927 um 64 Prozent, um sich 1931 auf 73,6 Prozent zu

Tabelle 13. Geographische Herkunft der Gemeinderäte

	1913	1919	1923	1927	1931
Linz und Urfahr	41,6	26,0	30,5	34,3	40,3
	20	19	21	25	29
Oberösterreich	29,1	38,4	37,7	39,7	33,3
	14	28	26	29	24
Alpenprovinzen und Wien	16,7	16,4	15,9	15,1	11,1
	8	12	11	11	8
Böhmen, Mähren, Schlesien	6,3	15,1	11,6	6,8	9,7
	3	11	8	5	7
Übrige Monarchie	4,2	4,1	4,3	4,1	5,6
	2	3	3	3	4
Ausland	2,1	—	—	—	—
	1				
	100	100	100	100	100
	48	73	69	73	72

Rassenpolitik und Judenverfolgung in Österreich nach dem ersten Weltkrieg. In: Das österreichische Judentum. Voraussetzungen und Geschichte, hrsg. v. Anna Maria Drabek u. a., Wien 1974, 141–164. So führte Gruber z. B. in einer Debatte über die Bodenwertabgabe aus, daß Opfer hauptsächlich von den Besitzenden getragen werden müssen. Für diejenigen, die eine Wohnung brauchen, sei es ganz gleichgültig, ob die Grundrente von einem Herrn in der Kutte oder im Kaftan eingestrichen werde. AStL, GPR vom 8. November 1921.

²⁶⁹ Österreichische Parteiprogramme (wie Anm. 48), 374.

²⁷⁰ Von den drei Gemeinderäten jüdischer Abstammung Leopold Albrecht, Emil Müller und Hermann Schneeweiß kamen die ersten zwei im KZ Theresienstadt um, Schneeweiß gelang es nach Aufenthalt in Dachau und Buchenwald im Jahre 1939 nach Australien zu emigrieren.

²⁷¹ Herkunft der Linzer nach der Volkszählung 1923: Linz: 35746 (37,7 %); Oberösterreich: 35819 (37,8 %); andere Bundesländer: 11821 (12,4 %); Tschechoslowakei: 7424 (7,8 %); übriges Ausland: 4087 (4,3 %); AStL, Statistischer Vierteljahresbericht 1923.

Tabelle 14. Geographische Herkunft der Gemeinderäte nach politischer Zuordnung

	1919			1923			1927			1931				
	SD	CS	GD	SD	CS	GD	SD	CS	GD	SD	CS	GD	NS	HW
Linz	26,2 11	25,0 5	27,3 3	29,3 10	38,9 7	23,0 3	31,6 12	47,0 8	41,6 5	—	—	—	—	—
Oberösterreich	40,4 17	40,0 8	27,3 3	44,2 15	38,9 7	30,8 4	50,0 19	41,2 7	16,8 2	16,7 1	16,7 1	—	—	—
Alpenprovinzen und Wien	16,7 7	10,0 2	27,3 3	17,7 6	—	30,8 4	15,8 6	5,9 1	25,0 3	16,7 1	16,7 1	20,0 1	—	12,5 1
Böhmen, Mähren, Schlesien	11,9 5	20,0 4	18,1 2	5,9 2	16,7 3	7,7 1	—	5,9 1	8,3 1	50,0 3	50,0 3	—	33,3 2	—
Übrige Monarchie	4,8 2	5,0 1	—	2,9 1	5,6 1	7,7 1	2,6 1	—	8,3 1	16,6 1	16,6 1	20,0 1	33,3 2	—
	100 42	100 20	100 11	100 34	100 18	100 13	100 38	100 17	100 12	100 6	100 6	100 5	100 6	100 8

erhöhen, was auf den Influx der Heimwehler, die meist aus Linz oder Oberösterreich stammten, erklärbar ist. Verfolgt man die geographische Herkunft der Linzer Gemeinderäte eine Generation weiter zum Geburtsort des Vaters zurück, ergibt sich ein Anwachsen der Prozentsätze in den Regionen Oberösterreich und böhmischer Raum.

Die Untersuchung der geographischen Herkunft der Gemeinderäte nach Parteizugehörigkeit ergibt einige interessante Unterschiede (Tabelle 14). Die Sozialdemokraten hatten einen etwas höheren Prozentsatz aus Oberösterreich gebürtiger Mandatare als alle anderen Parteien, die Christlichsozialen hatten den größten Prozentsatz von Mandataren aus dem böhmischen Raum, den niedrigsten aus den Alpenprovinzen. Die Großdeutschen andererseits wiesen den höchsten Prozentsatz von Mandataren aus den Alpenprovinzen und den niedrigsten aus dem Einzugsgebiet Oberösterreich auf. Die Heimwehr hatte den größten Grad an Bodenständigkeit, ein wahrhaft einheimischer Faschismus. Die Nationalsozialisten waren die am geringsten bodenständige Partei, mit dem niedrigsten Prozentsatz von Mandataren gebürtig aus Linz und Oberösterreich und den höchsten Sätzen aus dem böhmischen Raum und der übrigen Monarchie.²⁷² Die Diskrepanz zwischen der Deutschtümelei der Nationalsozialisten und ihrer nichtexistenten Bodenständigkeit lieferte den Sozialdemokraten und Christlichsozialen willkommene Argumente im politischen Meinungsstreit.²⁷³

Schulbildung der Gemeinderäte

Da die Schulbildung den sozioökonomischen Status reflektiert, sollten die Zahlen über den Bildungsgang Aussagekraft über den Grad sozioökonomischer Vorurteile, die die Rekrutierung der Gemeinderäte bestimmen, aufweisen. Erziehungschancen waren damals noch stark klassengebunden. Andererseits sollte man nicht vergessen, daß von allen Karrieren die politische am wenigsten vom Grad der Schulbildung abhängt.²⁷⁴ Das Bildungsprivileg mag für andere Berufe ausschlaggebend sein, aber es gibt keinen festgefahnen Bildungsgang für Politiker.

Der Anteil der Mandatare, die lediglich Volksschulbildung besaßen, zeigt einen leichten Rückgang zwischen 1919 und 1931. Das Differential von 6 Prozent zwischen 1913 und 1919 kann auf die Rekrutierungsschwierigkeiten besonders der Sozialdemokraten und Christlichsozialen in den bewegten Jahren unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg zurückgeführt werden (Tabelle 15), als zufälliges Vorhandensein ebenso wichtig war wie eine Qualifikation. Der Rückgang des Bildungsgrades der Gemeinderäte im Vergleich zur Monarchie ist auch aus den niedrigen Prozentsätzen der Mandatare mit abgeschlossener Bürgerschule ersichtlich. Volksschule und Bürgerschule stellten Bildungssackgassen dar. Eine Zusammenfassung beider führt zu folgenden Ergebnissen:

1913	1919	1923	1927	1931
54,2 %	57,6 %	49,3 %	46,6 %	48,7 %

²⁷² Das war sicher eine Reflexion der deutschböhmisches Ursprünge der nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Vgl. Andrew G. Whiteside, *Austrian National Socialism before 1918*, The Hague 1962.

²⁷³ So griff z. B. Gruber den Nationalsozialisten Bolek mit der Bemerkung an, daß er den deutschen Gemeinderat von Linz mit irgendeiner Körperschaft seiner polnischen Heimat verwechsle und Zweifel bestünden, ob er überhaupt das Recht hätte, im Namen des Deutschtums zu sprechen. Koref apostrophierte Bolek als polnisch-ruthenischen Karpatho-Teutonen. AStL, GPR vom 1. Juli 1932 und 17. November 1932.

²⁷⁴ Josef Maderner, *Die Führungsschichten Klagenfurts. Eine Untersuchung über vertikale Mobilität*, Graz 1970.

Tabelle 15. Höchste Stufe der Schulbildung

	1913	1919	1923	1927	1931
Volksschule	14,6 7	20,6 15	21,7 15	19,2 14	18,1 13
Bürgerschule	39,6 19	37,0 27	27,6 19	27,4 20	30,6 22
Mittlere berufsbildende Schule ohne Matura	6,3 3	12,3 9	15,9 11	17,8 13	20,8 15
Gymnasium, Realschule, Lehrerbildungsanstalt	20,8 10	17,8 13	17,4 12	16,4 12	11,1 8
Universität	18,7 9	12,3 9	17,4 12	17,8 13	19,4 14
Unbekannt	—	—	—	1,4 1	—
	100 48	100 73	100 69	100 73	100 72

Abgesehen vom Ausnahmejahr 1919, ergibt sich ein leicht zunehmender Trend zu besserer Schulbildung in der Zwischenkriegszeit. Dies ist auch aus dem steigenden Anteil von Mandataren mit einer mittleren berufsbildenden Schule ohne Matura ersichtlich. Im Vergleich zur Monarchie erhöht sich die Bedeutung dieser Variante des mittleren Bildungsweges bedeutend.

Bei den Schulen der mittleren Reife mit Matura stoßen wir auf einen außergewöhnlichen Rückgang der Prozentsätze, der wohl damit erklärbar wird, daß dieser Bildungsweg zum Teil Universitätsstudium indiziert, diese Entscheidungen sehr früh in der Familie gefällt werden und im allgemeinen einen höheren sozioökonomischen Status voraussetzen. Der Übertritt von der Hauptschule in eine höhere Schule, die allgemeine Hochschulberechtigung verlieh, war äußerst selten.²⁷⁵ Der dominierende Typus der Schule mittlerer Reife ist das Gymnasium bzw. Realgymnasium, die Schule der Oberschicht (Tabelle 16), gefolgt von der Lehrerbildungsanstalt, die für einen beträchtlichen Prozentsatz der Mandatare, besonders der Sozialdemokraten und Christlichsozialen, die bevorzugte Schule war.

Je höher ein politisches Gremium im Rahmen einer bestimmten politischen Hierarchie eingeordnet wird, desto größer ist der Anteil der Inhaber von akademischen Titeln.²⁷⁶ Man darf daher im Gemeinderat keine hohen Prozentsätze von Mandataren mit Uni-

Tabelle 16. Typus der Schule mittlerer Reife

	1919	1923	1927	1931
Gymnasium/Realgymnasium	9	9	10	12
Realschule	3	2	3	—
Handelsakademie	1	2	4	3
Staatsgewerbeschule	1	—	1	2
Lehrerbildungsanstalt	5	8	6	4
Andere	2	3	1	1
Unbekannt	1	—	1	—
	22	24	26	22

²⁷⁵ Zur Abhängigkeit höherer Schulbildung vom sozioökonomischen Status der Eltern vgl. Hans-Jürgen Daheim, Soziale Herkunft, Schule und Rekrutierung der Berufe. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 5, 1961, 200 – 217.

²⁷⁶ Pelinka – Welan, Demokratie und Verfassung (wie Anm. 15). 96.

versitätsbildung erwarten. Dies trifft auch für den Linzer Gemeinderat zu, dessen Akademikeranteil sich nach dem Ausnahmejahr 1919 bei ungefähr 18 Prozent einpendelte. Der Anteil der Juristen unter den Mandataren ist relativ hoch (Tabelle 17). Das Juristenmonopol ist noch immer ausgeprägt und bewegt sich um 70 Prozent der Mandatare mit Hochschulbildung.²⁷⁷

Tabelle 17. Spezialisierung/Universitätsstudium

	1919	1923	1927	1931
Juristisches Studium mit Doktorat	4	6	8	9
Juristisches Studium	1	1	—	—
Medizinisches Studium	1	1	1	2
Technische Hochschule	2	2	1	—
Doktor der Philosophie	—	—	1	1
Andere	1	—	—	1
Summe	9	10	11	13
davon mit Doktorat	5	7	10	12

Analysiert man die Schulbildung der Gemeinderäte nach Parteizugehörigkeit, findet man Differenzen, die auf Grund der in den Parteien vorherrschenden sozialen Basis zu erwarten sind, da Bildung eng mit bestimmten Berufspositionen korreliert (Tabelle 18). Nicht überraschend sind daher die niedrigen Prozentsätze der sozialdemokratischen Mandatare mit Hochschulbildung und die hohen der Großdeutschen, wogegen die Christlichsozialen bessere Prozentsätze als die Sozialdemokraten, aber schlechtere als die Großdeutschen aufweisen. In bezug auf die Spezialisierung dominieren in allen Parteien die Juristen. Der Prozentsatz der Mittelschulabsolventen ist bei Mandataren der Christlichsozialen und Großdeutschen hoch. Beim Typus der Mittelschulen ergeben sich einige bemerkenswerte Aussagen. Bei den Realschulabsolventen führen die Großdeutschen, bei Absolventen der Lehrerbildungsanstalt finden sich Sozialdemokraten knapp vor Christlichsozialen. Bei Absolventen des Gymnasium/Realgymnasiumtyps sind anfangs die Prozentsätze der Großdeutschen höher; 1927 und 1931 werden sie von den Sozialdemokraten überflügelt. Im Gegensatz zur Monarchie gelang es daher auch in Linz den Sozialdemokraten, Mandatare mit höherer Bildungsstufe zu rekrutieren.

Der Unterschied in der sozialen Basis der verschiedenen Parteien zeigt sich am deutlichsten in einem Vergleich der Prozentsätze von Volks- und Bürgerschule (Tabelle 19). Die Prozentsätze der Sozialdemokraten beweisen, daß es der Arbeiterbewegung außerordentlich schwer war, an der „bürgerlichen Erziehung“ teilzunehmen und daß

Tabelle 19. Zusammenfassung von Volks- und Bürgerschule nach Parteizugehörigkeit

Jahr	SD	CS	GD	NS	HB
1919	66,6	45,0	45,4	—	—
1923	62,0	27,8	46,3	50,0	—
1927	60,5	35,3	25,0	33,4	—
1931	63,2	33,3	—	33,4	50,0

²⁷⁷ Zur historischen Entwicklung des Juristenmonopols in Österreich Eva Kreisky, Zur Genesis der politischen und sozialen Funktion der Bürokratie. In: Das politische System Österreichs, hrsg. v. Heinz Fischer, Wien 1974, 181–231. Allgemein über eine Typologie der Intellektuellen in industriell unterentwickelten Ländern vgl. Johann Galtung, Intellektuelle und Entwicklung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1972/73, 75–87.

Tabelle 18. Schulbildung der Gemeinderäte nach politischer Zuordnung

	1919			1923			1927			1931						
	SD	CS	GD	SD	CS	GD	NS	SD	CS	GD	NS	SD	CS	GD	NS	HW
Volksschule	19,0 8	20,0 4	27,2 3	26,6 9	11,1 2	23,2 3	25,0 1	28,9 11	11,8 2	—	16,7 1	31,6 12	—	—	16,7 1	—
Bürgerschule	47,6 20	25,0 5	18,2 2	35,4 12	16,7 3	23,1 3	25,0 1	31,6 12	23,5 4	25,0 3	16,7 1	31,6 12	33,3 5	—	16,7 1	50,0 4
Mittlere berufs- bildende Schule	9,6 4	15,0 3	18,2 2	8,4 3	22,2 4	15,3 2	50,0 2	15,8 6	17,7 3	8,3 1	50,0 3	15,8 6	33,3 5	20,0 1	33,2 2	12,5 1
ohne Matura, Gym- nasium, Realschule, Lehrerbildungsanstalt	11,9 5	35,0 7	9,1 1	14,8 5	27,8 5	15,3 2	—	7,9 3	23,5 4	33,4 4	16,6 1	7,8 3	13,3 2	20,0 1	16,7 1	12,5 1
Universität	11,9 5	5,0 1	27,3 3	14,8 5	22,2 4	23,1 3	—	15,8 6	23,5 4	25,0 3	—	13,2 5	20,1 3	60,0 3	16,7 1	25,0 2
Unbekannt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8,3 1	—	—	—	—	—	—
	100 42	100 20	100 11	100 34	100 18	100 13	100 4	100 38	100 17	100 12	100 6	100 38	100 15	100 5	100 6	100 8

in diesem Sinne die Bürgerschule wenig mehr als eine Fortsetzung der Volksschule war. Im allgemeinen kann man beobachten, daß die Großdeutschen ihre Rekrutierungsbasis in den Ober- und Mittelschichten der Gesellschaft bewahrten. Die Christlichsozialen nahmen eine Mittelstellung zwischen Sozialdemokraten und Großdeutschen ein, was wohl ihre zwiespältige soziale Basis zwischen christlichem Bürgertum und christlicher Arbeiterbewegung reflektiert. Die nationalsozialistischen Gemeinderäte weisen eine Schulbildung auf, die den Trend von der Arbeiter- zur Mittelstandspartei widerspiegelt, die Heimwehr in Linz tendierte auch zum Mittelstand; ob selbständiger oder unselbständiger Mittelstand, kann nur durch weitere Analysen entschieden werden.

Berufsstruktur und soziale Schichtung

Die sozialstrukturellen Veränderungen der Gemeinderäte 1919 bis 1931 werden mangels komplexerer Indikatoren mit Hilfe der beruflichen Zuordnung und der Schulbildung analysiert.²⁷⁸ Die Grundannahme war, daß von den Background-Variablen, die mit dem politischen Verhalten der Gemeinderäte zusammenhängen, der Beruf, dem sie ihren sozioökonomischen Status verdanken, von hoher prädiktiver Kraft ist.²⁷⁹ Es wurde das folgende Kodifikationsschema für die Berufe angewandt:

1. Selbständige (Großkaufleute, Unternehmer, Rentiers, Landwirte, kleine und mittelbetriebliche Gewerbetreibende und Händler, Gastwirte und Hoteliers)
2. Freie Berufe (Rechtsanwalt, Arzt, Apotheker, Architekt, Zivilingenieur, Baumeister)
3. Mittlerer und höherer öffentlicher Dienst (Beamte und Angestellte von Bund, Land und Gemeinde, Eisenbahn, Post, Kirche, Kammern, Gewerkschaften, Parteien, auch Lehrer und Professoren)
4. Niederer öffentlicher Dienst (niedrige öffentliche Angestellte und Arbeiter, Eisenbahner und Postbedienstete)
5. Privatangestellte
6. Arbeiter
7. Hausfrauen
8. Pensionisten

Um einen Maßstab der sozialen Stratifikation der Gemeinderäte erstellen zu können, wurden alle Gemeinderäte nach Beruf und Schulbildung in fünf Schichten eingeordnet:

²⁷⁸ Über die Probleme der Entwicklung verlässlicher Indikatoren zur Herausarbeitung der Sozialstruktur vgl. Albert Kaufmann, Soziale Schichtung und Berufsstatistik. In: Soziologie, Forschung in Österreich, hrsg. v. Leopold Rosenmayr und Sigurd Höllinger, Wien 1969, 319–347; Karl Martin Bolte, Einige Anmerkungen zur Problematik der Analyse von „Schichtungen“ in sozialen Systemen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 5, 1961, 29–53; Erich Bodzenta – Norbert Freytag, Soziale Ungleichheit. In: Die österreichische Gesellschaft, hrsg. v. Erich Bodzenta, Wien 1972, 100–136. Die fehlenden Angaben über das Einkommen verhinderten eine präzisere Abgrenzung der sozialen Schichten. Es ist sehr wohl möglich, daß ein Facharbeiter ein höheres Einkommen als jemand aus dem alten oder neuen Mittelstand hatte. Es ist aber allgemein anerkannt, daß in Österreich während der Zwischenkriegszeit die Statuskristallisation hoch war, d. h. nur wenige Personen hatten einen inkonsistenten sozialen Status, wie hohes Einkommen und einen Beruf, der einen niedrigen Sozialstatus impliziert. Zur Konzeption des Begriffes „soziale Schichtung“ auch Ralf Dahrendorf, *Class and Class Conflict in Industrial Society*, Stanford 1959. Zur Problematik der Zuweisung von Personen zu einer sozialen Schicht beim Fehlen von Einkommensdaten vgl. Renate Mayntz, *Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde*, Stuttgart 1958.

²⁷⁹ Diese Methode ermöglichte es auch, Mandatäre, die sich von den Geschäften zurückgezogen

1. Oberschicht (Unternehmer, Großkaufleute, Ärzte, höhere öffentliche und private Angestellte)
2. Alter Mittelstand (kleine und mittlere Gewerbetreibende und Händler, Landwirte)
3. Neuer Mittelstand (mittlerer öffentlicher Dienst und Privatangestellte)
4. Facharbeiter und niedriger öffentlicher Dienst
5. Hilfsarbeiter

Schichten 2 und 3 konstituieren die Mittelschicht, Schichten 4 und 5 die Unterschicht. Ausgehend vom obigen grob gehaltenen Schema, ergab sich folgende berufliche Distribution (Tabelle 20). Ganz klar wird der Aufstieg des neuen Mittelstandes in der Form

Tabelle 20. Ausgeübter Beruf während der Mandatsperiode

	1919	1923	1927	1931
1. Selbständige	15,0	11,6	15,1	12,5
	11	8	11	9
2. Freie Berufe	6,8	4,3	6,8	9,8
	5	3	5	7
2. Mittlerer und höherer öffentlicher Dienst	57,4	60,7	55,0	55,7
	42	42	40	40
4. Niederer öffentlicher Dienst	8,3	8,7	9,5	6,8
	6	6	7	5
5. Privatangestellte	8,3	7,3	4,1	5,6
	6	5	3	4
5. Arbeiter	—	1,5	2,7	2,8
		1	2	2
7. Hausfrauen	1,4	2,9	6,8	6,8
	1	2	5	5
8. Pensionisten	1,4	1,5	—	—
	1	1		
9. Unbekannt	1,4	1,5	—	—
	1	1		
	100	100	100	100
	73	69	73	72

von Angestellten des öffentlichen Dienstes, der Interessenorganisationen und der Parteien angezeigt.²⁸⁰ Eines der Resultate des Proportionalwahlsystems war, daß die Parteien versuchten, ein breiteres Spektrum von Interessen zu vertreten. Personen, die aktiv in Interessenorganisationen tätig sind, stellen eine ausgezeichnete Verbindung zwischen Interessen und Parteien dar. Sie erlauben einer Partei, den Wähler daran zu erinnern, daß seine Interessen innerhalb der Partei vertreten werden. Darüber hinaus indiziert der Wandel der sozialen Zusammensetzung des Gemeinderates im Vergleich zur Monarchie, speziell die starke Repräsentation der öffentlich Bediensteten, daß politische Betätigung auch ein wichtiges Mittel vertikaler Mobilität ist.

Die soziale Umschichtung im Linzer Gemeinderat wird auch durch die Abnahme der Selbständigen und der freien Berufe dokumentiert, obwohl dies die Fortsetzung eines Trends war, der bereits im Gemeinderat von 1913 aufscheint. Das Ende der Monarchie und des Kurienwahlrechtes resultierte in einer Umkehrung des Verhältnisses Selbständige-Unselbständige. Der hohe Prozentsatz des neuen Mittelstandes kann nicht auf

hatten oder pensioniert waren, in die Berufskategorien einzubauen. In Zweifelsfällen wurde bei der Berufs- und Schichtenzuordnung die Bildung der Mandatare als zusätzlicher Indikator herangezogen.

²⁸⁰ Zum neuen Mittelstand besonders Theodor Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Stuttgart 1932.

	1913	1919	1923	1927	1931
Selbständige	56,3	21,8	15,9	21,9	22,3
Unselbständige	43,7	78,2	84,1	78,1	77,7

eine rapide Erhöhung der Zahl der Industrieangestellten zurückgeführt werden – das Wachstum der Industrie in Linz war eher bescheiden²⁸¹ –, sondern auf den Aufstieg der Massenparteien und ihre Rekrutierungspraktiken. Die Zeit des „freien Mandats“, das eng mit den Honoratiorenparteien vor 1914 verbunden war, war vorbei. Der Lokalpolitiker, unabhängig von einer Partei, war ausgestorben. Die Tendenz war nunmehr, die Politik außerhalb der Parteien einzuschränken. Zwischen der erhöhten Anzahl von öffentlich Bediensteten und dem Rückgang der Honoratioren besteht ein funktioneller Zusammenhang. Dies wurde durch die Möglichkeit begünstigt, öffentlich-rechtliche und Gemeindebedienstete während ihrer politischen Betätigung vom Dienst freizustellen.²⁸² Auf diese Weise wurden die Beamten im weiteren Sinne die Nachfolger der Honoratioren. Infolge des Monopols der Parteien für die Rekrutierung der Kandidaten – die Partei entschied, wann und wo ein Kandidat auf die Liste gesetzt wurde – und der strikten Fraktionsdisziplin im Gemeinderat wurden unabhängige politische Initiativen praktisch unmöglich.

Die Erhöhung der Zahl der öffentlich Bediensteten reflektiert auch die zunehmende Politisierung des in Interessengruppen organisierten sozialen Lebens.²⁸³ Die meisten Artikulationen des politischen Lebens wurden „Lager“-orientiert. Interessengruppen wurden ideologisch in das eine oder andere Lager integriert. Die primäre Tätigkeit dieser Massenparteien fand im Rahmen von fast undurchlässigen Substrukturen statt. Die Interessenorganisationen waren auch wichtige Rekrutierungsagenturen. Diese Tatsache erklärt die hohe Anzahl der Gemeinderäte aus den Kammern und Gewerkschaften (Tabelle 21). Im Kontrast zur Periode vor 1914 setzt sich die Kategorie 3 (mittlerer und höherer öffentlicher Dienst) nicht nur aus Beamten und Angestellten von Bund, Land und Gemeinde zusammen. Die Bürokraten der Interessenverbände und der Parteien delegierten in zunehmendem Maße ihre Vertreter in den Gemeinderat. Die Bürokratisierung von Parteien und Verbänden kann daher auch auf lokaler Ebene beobachtet

²⁸¹ In der Zwischenkriegszeit erfolgte kein nennenswerter Auf- und Ausbau der Wirtschaft. Die Organisation und der Zustand der Wirtschaft blieben so, wie sie sich bis 1914 entwickelt hatten. Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Linz 1951, 20. Die durchschnittliche Betriebsgröße war 1930 7,7 Beschäftigte pro Betrieb, 1950 waren es 23. Der Anteil der in Industrie und Gewerbe Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung war 1910 16,72 Prozent, 1923 13,83 Prozent und 1930 17,55 Prozent. Der Anstieg der in Industrie und Gewerbe Beschäftigten betrug zwischen 1910 und 1923 24,46 Prozent und zwischen 1923 und 1930 32,67 Prozent. (Zwischen 1930 und 1950 betrug der Anstieg 170,74 Prozent.) Vgl. Gustav Otruba, Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturwandel der Stadt Linz und dessen Auswirkungen auf kulturelle Institutionen, In: Linzer Aspekte, Hrsg. v. Hanns Kreczi, Linz 1970, 22. Übrigens befand sich unter den Gemeinderäten dieser Periode kein Industrieller. Dazu auch Margarete Bittner, Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von Linz, wirtschaftswiss. Diss., Innsbruck 1956; Gustav Otruba – Hanno Möller, Der Wandel der Städte Wien, Linz, Innsbruck und Graz in den letzten hundert Jahren. In: Wiener Geschichtsblätter, 28 (1973), 48 – 55.

²⁸² Vgl. die ausgezeichnete Dissertation von Hans Heinz Fabris, Demokratische Auswahl. Politische Führungsschichten im Parteienstaat. Am Beispiel der 2. Österreichischen Republik. 1945–1967, Salzburg 1968.

²⁸³ Diamant, Group Basis (wie Anm. 11), 134–155; Herbert P. Secher, Representative Democracy or „Chamber State“. The Ambiguous Role of Interest Groups in Austrian Politics. In: Western Political Quarterly, Vol 13 (Dec. 1960), 890–909.

Tabelle 21. Gemeinderäte in Vorfeld- und Subsidiärorganisationen (als Funktionäre oder Angestellte), in Prozenten

	1913	1919	1923	1927	1931
Sozialdemokratische Organisationen	8,3	20,5	24,6	27,5	29,2
Freie Gewerkschaften	6,3	24,8	18,8	16,4	18,0
Christliche Gewerkschaften	—	4,1	4,3	5,5	7,0
Andere christlichsoziale	2,1	2,7	4,4	5,5	4,2
Berufsorganisationen					
Katholische Organisationen	2,1	12,3	15,9	11,0	8,3
Handels- und Gewerbekammer,	29,2	5,5	4,4	6,8	5,6
Industriellenvereinigung					
Deutsch-Nationale Organisationen	43,7	9,6	14,5	13,7	9,7
Andere	—	—	4,4	6,8	8,3
Unbekannt	8,3	20,5	8,7	6,8	9,7
	100	100	100	100	100

werden. Vor 1914 dominierte der Selbständige, der einen Teil seiner Arbeitskraft freiwillig als Funktionär einem Interessenverband zur Verfügung stellte. Nach dem 1. Weltkrieg wurden die „beamteten“ Funktionäre die Regel.²⁸⁴ Ein Vergleich der Jahre 1913 und 1919 in Tabelle 21 zeigt die politische Umwälzung des Jahres 1918, einerseits im Rückgang der deutschnationalen Organisationen – auch die Handelskammer muß vor 1914 dazugezählt werden – und andererseits in der zunehmenden Versäulung (Ansteigen rein sozialdemokratischer Organisationen von 14,6 auf 45,3 Prozent und rein katholischer Organisationen von 4,2 auf 19,1 Prozent).

Von Tabelle 20 springt negativ der geringe Prozentsatz der Arbeiter ins Auge. Von der Kategorie 6 kann man kaum auf die politische Umwälzung im Jahre 1918 schließen. Die Diskrepanz kann damit erklärt werden, daß der Beruf eines Gemeinderates zur Zeit der Mandatsausübung nicht notwendigerweise der ursprünglich erlernte Beruf war (Tabelle 22). Ein Vergleich von Tabelle 20 mit Tabelle 22 demonstriert denn auch.

Tabelle 22. Erlerner Beruf der Gemeinderäte

	1919	1923	1927	1931
1. Selbständige	2,7	2,9	5,6	4,2
	2	2	4	3
2. Freie Berufe	8,2	5,8	9,8	9,8
	6	4	7	7
3. Mittlerer und höherer	20,6	27,4	20,7	19,3
öffentlicher Dienst	15	19	15	14
4. Niederer öffentlicher Dienst	15,0	8,7	12,4	9,7
	11	6	9	7
5. Privatangestellte	6,9	10,2	11,1	9,7
	5	7	8	7
6. Arbeiter	45,2	43,5	36,2	43,1
	33	30	27	31
7. Hausfrauen	—	—	2,8	1,4
			2	1
8. Unbekannt	1,4	1,5	1,4	2,8
	1	1	1	2
	100	100	100	100
	73	69	73	72

²⁸⁴ Zum Verbeamtungsprozeß der österreichischen Politiker Pelinka – Welan, Demokratie und Verfassung (wie Anm. 15), 88 ff.

daß ein hoher Prozentsatz der Gemeinderäte aus dem Arbeiterstand kam²⁸⁵ und daß im allgemeinen die Intragenerationsmobilität für Gemeinderäte außerordentlich hoch war. Interessenverbände und Parteien boten sich bereits in der Zwischenkriegszeit als wichtige Aufstiegssektoren der Gesellschaft an.

Das politische Geschehen führte auch zu einer Umstrukturierung der sozialen Schichtung im Gemeinderat. Wie üblich, leben neben neu etablierten Ordnungen auch alte Ordnungen fort wie z. B. alter Mittelstand und Oberschicht, obwohl es sich auch hier kaum mehr um homogene Sozialschichten handelt. Um aber den Trend herauszuarbeiten, muß man vereinfachen (Tabelle 23). Die Mehrzahl der Gemeinderäte kann der

Tabelle 23. Soziale Schichtung der Gemeinderäte

	1913	1919	1923	1927	1931
1. Oberschicht	41,6 20	9,6 7	10,1 7	12,8 9	9,7 7
2. Alter Mittelstand		17,8 13	15,9 11	15,1 11	12,5 9
3. Neuer Mittelstand	45,8 22	65,7 47,9	73,9 58,0	69,9 54,8	69,4 56,9
4. Facharbeiter		35 19,2	40 10,1	40 15,1	41 18,1
5. Hilfsarbeiter	12,6 6	14 5,5	7 5,9	11 1,4	13 1,4
6. Unbekannt		24,7 4	16,0 4	16,5 1,4	19,5 1,4
	100 48	100 73	100 69	100 73	100 72

Mittelschicht zugerechnet werden. Der Aufstieg des Mittelstandes, bereits vor 1914 sichtbar, setzte sich in der Zwischenkriegszeit fort wie auch umgekehrt der Abstieg der Oberschicht. Der starke Trend zur Mitte der Schichtungspyramide ist nicht außergewöhnlich und kann in anderen Gremien und Ländern auch beobachtet werden.²⁸⁶ Vergleicht man die Jahre 1913 und 1931, wird der Trend vollends transparent: von der hohen Rekrutierungsrate in der Oberschicht zur hohen Rekrutierungsrate in der Mittelschicht, mit einer langsamen Tendenz zur Öffnung gegenüber der Unterschicht. Sieht man vom Ausnahmejahr 1919 ab (24,7 Prozent Unterschicht), blieben die Schichten während der demokratischen Phase der Zwischenkriegszeit stabil.

Die große Transformation in der Zusammensetzung des Gemeinderates war gleichbedeutend mit dem Durchbruch der Massenparteien auf Lokalebene nach dem 1. Weltkrieg. Es ergeben sich jedoch Variationen in dieser Transformation, wenn man Beruf

²⁸⁵ Innerhalb der erlernten manuellen Berufe zeigen sich auch interessante Unterschiede. Die am häufigsten identifizierten Arbeiterberufe fielen in die Metallbranche und das graphische Gewerbe.

²⁸⁶ Beyme, Politische Elite (wie Anm. 247), 41 ff. Was in der Zwischenkriegszeit für den Gemeinderat gilt, ergibt sich nach dem zweiten Weltkrieg für die gesamte Stadt, nämlich eine Konzentration in der Mittelschicht. Vgl. Otto Nigisch, Determinanten der Bildungsbereitschaft, Diplomarbeit, Linz 1970. Auf Grund einer Stichprobe von 400 Personen und basierend auf einem Index, zusammengestellt nach Einkommen, Schulbildung und Beruf war die soziale Schichtung folgendermaßen: Oberschicht 13 %, obere und untere Mittelschicht 72 %, Unterschicht 15 %.

und Schichtzugehörigkeit der Gemeinderäte nach Parteien aufschlüsselt (Tabelle 24). Während für alle Parteien ein hoher Prozentsatz von öffentlich Bediensteten, Kammerangestellten und politischen Angestellten dokumentiert werden kann, weisen die Sozialdemokraten konsistent einen höheren Prozentsatz als die Christlichsozialen auf. In der schwierigen Aufgabe der Sozialdemokratie, ein Korps von politischen Professionals zu schaffen, waren jene, die sich bereits politisch bewährt hatten und denen auf Grund ihres Berufes zeitweise die Freistellung für die politische Tätigkeit erleichtert wurde, die natürlichen Kandidaten.²⁸⁷ Während die sozialdemokratischen Mandatäre hauptsächlich Unselbständige sind, dominieren die Christlichsozialen und die Großdeutschen bei den Selbständigen. Auf Grund der unterschiedlichen sozialen Basis sind das natürlich zu erwartende Ergebnisse (Tabelle 25). Die Nationalsozialisten sind ganz klar attraktiv für öffentliche und Privatangestellte; die Heimwehr hat eine etwas breiter gestreute Rekrutierungsbasis, neben Angestellten zog sie auch Selbständige an.

Die Differenzen und Ähnlichkeiten in der sozialen Basis der verschiedenen Parteien werden noch deutlicher, wenn man die Mandatäre nach erlerntem Beruf analysiert (Tabelle 26). Die sozialdemokratische Fraktion setzt sich hauptsächlich aus Arbeitern und Angestellten im weiteren Sinne (Lehrer, Kammer- und Sozialversicherungsbeamte, Bedienstete der Bundesbahnen) zusammen. Es zeigt sich aber bei den Christlichsozialen und den Großdeutschen eine Tendenz aus jenen erlernten Berufen zu rekrutieren, die man als Domäne des sozialdemokratischen Lagers betrachten kann. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Mandatäre begann ihre Karriere als Facharbeiter, nur wenige als Hilfsarbeiter, und kletterte als Funktionäre der Partei, deren Vorfeldorganisationen und der Arbeiterkammer die soziale Leiter hinauf. Trotz der Mobilität der Funktionäre bleibt die Sozialdemokratische Partei eine Klassenpartei. Eine Tendenz, sich zur Volkspartei zu entwickeln, ist jedenfalls nicht erkenntlich. Die Christlichsozialen sind eine sozial heterogene Partei, die alle Schichten des Volkes umfaßt, allerdings mit verschiedener Gewichtung der einzelnen Sozialschichten. Obwohl ungefähr ein Drittel der Mandatäre aus der Arbeiterklasse kommt, ist die Interessenvertretung der christlichen Arbeiter schwach. Sozial bereits eine Volkspartei, sind die Christlichsozialen aber keine ideologisch pluralistische Partei, sondern bestehen aus ideologischer Homogenität. Innerhalb der Klammer des Katholizismus spielen in Linz die Geschäftsleute, die Freiberuflichen und der mittlere und höhere öffentliche Dienst die größte Rolle. Am wenigsten attraktiv für die Arbeiter erweisen sich die Großdeutschen, die überhaupt die größte Streuung, aber auch Unstabilität in den erlernten Berufen zeigen. Bei den Nationalsozialisten demonstriert der hohe Prozentsatz der Arbeiter, daß sie ursprünglich eine echte Arbeiterpartei waren, denen aber der Einbruch in den öffentlichen Dienst und die Angestelltenschaft gelungen war. Bis 1931 hatten sie noch keinen Rückhalt bei den Selbständigen und Freiberuflern. Die Heimwehr zeigt ein breites berufliches Spektrum, von Freiberuflern bis zu den Arbeitern reichend. Was die Heimwehrler von den Christlichsozialen unterscheidet, ist ihre schwache Stellung im mittleren und höheren öffentlichen Dienst und bei den Selbständigen. Der Unter-

²⁸⁷ So waren von der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion zwischen 1931 und 1934 13 Funktionäre Angestellte von Stadt und Land, 4 der Arbeiterkammer, 6 Angestellte von sozialdemokratisch kontrollierten Gremien und Unternehmungen, wie Druckerei und Gebietskrankenkasse, und 5 bei der Bundesbahn beschäftigt. Die überwiegende Zahl dieser Gemeinderäte waren in der Landes- oder Stadtparteileitung der Sozialdemokraten vertreten oder sie waren Sektionsobmänner oder Sekretäre der Freien Gewerkschaften.

schied zu den Nationalsozialisten besteht in der Attraktion der Heimwehr auf die freien Berufe.

Wenn man die soziale Schichtung der Gemeinderäte nach Parteizugehörigkeit aufschlüsselt, werden einmal mehr die zu erwartenden Distributionen ersichtlich (Tabelle 27). Wie Tabelle 27 demonstriert, ist der durchschnittliche Status für Sozialdemokraten niedriger als der der Christlichsozialen und noch niedriger im Vergleich mit den Großdeutschen.²⁸⁸ Die Oberschicht wird von den Großdeutschen dominiert. Die dramatische Erhöhung der großdeutschen Prozentsätze 1927 und 1931 läßt auf die zunehmende Isolierung der Partei schließen. Ohne Zweifel war die Rolle der deutschnationalen Honoratioren, deren hoher sozioökonomischer Status sie einst zur entscheidenden Kraft in der Linzer Politik machte, nunmehr marginal. Die Macht scheint sich in der Mittelschicht konzentriert zu haben, in der im alten Mittelstand die Christlichsozialen dominierten, im neuen Mittelstand die Sozialdemokraten die Macht mit den Christlichsozialen teilten. In bezug auf die soziale Schichtung sind die Nationalsozialisten überwiegend neuer Mittelstand, die Heimwehr hingegen weist eine breitere Schichtenstreuung auf, und schließt neben dem neuen Mittelstand auch den alten Mittelstand und die Oberschicht ein. Beide Faschismen rekrutieren aus der Unterschicht, die Heimwehr weist aber eine größere Verankerung in den mehr „respektablen“ Schichten auf. Beide extremistischen Parteien sind „mittelständisch“, wobei die Nationalsozialisten vom neuen Mittelstand charakterisiert werden, die Heimwehr von einer Mixtur von altem und neuem Mittelstand. In beiden Fällen können wir nicht einfach von einem „Aufstand“ der kleinbürgerlichen Kräfte sprechen²⁸⁹, zumindest nicht in Linz vor 1932.

Es sollte nunmehr Klarheit darüber bestehen, daß Linz an der allgemeinen österreichischen Entwicklung teilnahm. Das Hervortreten des Proletariats und die ökonomischen Schwierigkeiten des Kleingewerbes führten zur Entwicklung der sozialdemokratischen und christlichsozialen Massenparteien, die ihrerseits einen neuen Typus des Berufspolitikers rekrutierten, der in der Regel einen niedrigeren Sozialstatus aufwies als der Honoratiorenpolitiker der nationalliberalen Ära. Dieses Selektionsverfahren konnte natürlich nur voll mit der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zur Auswirkung gelangen. Dann aber führte die Tendenz der Massenparteien, Kandidatenlisten zu erstellen, die berufsmäßig möglichst repräsentativ waren, zu einer Umstrukturierung der berufs- und schichtenmäßigen Zusammensetzung des Gemeinderates.

SCHLUSSBETRACHTUNGEN

Die Haupttendenzen der geschichtlichen Entwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit spiegeln sich auch in der Entwicklung von Linz wider. Diese waren die Verstärkung des politischen Einflusses der Parteien, die Herausbildung des Verbandswesens, die Ausdehnung der politischen Rechte auf sämtliche Staatsbürger, nur eine zögernde oder keine Übernahme der Verantwortung für die soziale Sicherheit und für die wirtschaftliche Entwicklung. Diese Tendenzen reflektieren ihrerseits den Einfluß verschiedener Parteitypen (traditionelle Honoratiorenparteien gegenüber neuen Mas-

²⁸⁸ Zu ähnlichen Ergebnissen für Österreich kommt Peter Gerlich, *The Transformation of Political Elites in Austria 1848–1978*, Tagungspapier, ECPR Workshop „Elite Recruitment“, Grenoble 1978.

²⁸⁹ Zu diesem Punkt vgl. Botz, *Faschismus und Lohnabhängige* (wie Anm. 158), 125.

senparteien), die Rekrutierungsregeln der politischen Parteien, den Grad der Kooperation zwischen den Parteien, den Druck von im Parteiensystem nicht repräsentierten Gruppen, den Druck, der vom Wirtschaftssektor und von außerhalb des Systems ausgeübt wurde, aber auch die kurzfristigen taktischen Kalkulationen der Führungskader.

Vom Standpunkt eines langfristigen Modernisierungsprozesses, reichend von der Monarchie zur 2. Republik, stellt sich die 1. Republik als ein System von Ungleichzeitigkeiten dar, in dem etwa die Entwicklung zum Parteienstaat der Entwicklung zum Verbändestaat vorausgeeilt war, während die Entwicklung zum Leistungsstaat gefährlich nachhinkte.²⁹⁰ Darüber hinaus finden sich in jeder dieser drei Sphären Kontradiktionen, die sich aus dem Wechselspiel progressiver und retardierender Elemente ergaben. So sind die Parteien ideologisch als Bürgerkriegsparteien angelegt, soziologisch aber bereits einem Prozeß der Verbeamtung unterworfen. Die Soziologie eilte der Ideologie voran. Weltanschauliche Diskussionen kreuzten sich mit taktischen Zielsetzungen. Ähnliche Zwiespältigkeiten charakterisieren die Interessensphäre, in der kulturpolitische Interessen den ökonomischen Interessen die Waage halten, obwohl in der 1. Republik ein günstiges Klima für „berufsständische“ Interessengruppen bestand.²⁹¹ Die religiöse Gesinnung erwies sich manchmal stärker als die ökonomische Rationalität. Auch in der Leistungssphäre ergaben sich Kontradiktionen. Nach einer kurzfristigen Periode (1918–1920) ordnungspolitischer Maßnahmen (Sozialgesetzgebung) folgte eine Periode des Interventionismus mit unsystematischen ablaufpolitischen Eingriffen in den Marktwirtschaftsprozess, wobei im allgemeinen agrarische Interessen begünstigt werden.²⁹² Es blieb der Zweiten Republik vorbehalten, die Kontradiktionen zwischen progressiven und retardierenden Elementen weitgehend im vollausgebildeten Parteien- und Kammerstaat aufzulösen.²⁹³

Vergleicht man die Rolle der Parteien der Zwischenkriegszeit unter dem Gesichtspunkt der Modernisierung, werden ihre Stärken und Schwächen offensichtlich:

Bereich der Einflußnahme	Monarchie	1. Republik	2. Republik
1. Meinungsbildung	schwach	mittelmäßig	stark
2. Parlamentarische Gremien	schwach	stark	stark
3. Beamtenschaft	schwach	schwach	mittelmäßig
4. Verstaatlichte Industrie	0	0	stark
5. Interessenvertretungen	mittelmäßig	mittelmäßig	stark

Die Stärke der Parteien in parlamentarischen Gremien wird durch ihre Inkapazität auf wirtschaftlichem Gebiet neutralisiert. In bezug auf die Meinungsbildung ergaben sich in den demokratischen Parteien Differenzen zwischen Pragmatikern und Ideologen,

²⁹⁰ Zum Problem der Zeitverzögerung in einem anderen Zusammenhang siehe Gerhard Botz, Zum Verhältnis von Politik und Rechtswesen in der Ersten Republik. In: Justiz und Zeitgeschichte, hrsg. v. Erika Weinzierl und Karl R. Stadler, Salzburg 1977, 144–168.

²⁹¹ Zum Hintergrund des österreichischen Verbandswesens Theodor Pütz, Die Bedeutung der Wirtschaftsverbände für die Gestaltung der österreichischen Wirtschaftspolitik. In: Verbände und Wirtschaftspolitik in Österreich, Berlin 1966, 135 ff.

²⁹² Gustav Otruba, „Bauer“ und „Arbeiter“ in der Ersten Republik. Betrachtungen zum Wandel ihres Wirtschafts- und Sozialstatus. In: Geschichte und Gesellschaft, Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag, Wien 1974, 57–93.

²⁹³ Dazu etwa Reinhard Knoll und Anton Mayr, Österreichische Konsensdemokratie in Theorie und Praxis, Wien 1976; Peter Gerlich, Parlamentarische Kontrolle im politischen System, Wien 1973.

die in der Ersten Republik nicht zufriedenstellend gelöst werden konnten. Die Bemühungen der Parteien, ihre Einflusssphäre in öffentlichen Vertretungskörpern auszudehnen, waren erfolgreich. Innerparteiliche Interessengegensätze wurden bei den Sozialdemokraten durch strikte Parteidisziplin, bei den Christlichsozialen durch die Klammer des Katholizismus und bei den Großdeutschen durch die Isolierung von der Jugend kontrolliert. Überdies gewannen die zwei Großparteien auch Einfluß in Vereinigungen, die sich über den gesamten Lebensbereich der Menschen erstreckten, was sich in einer immer stärker werdenden Lagerorientiertheit äußerte. Bei der Beamtenschaft waren die Christlichsozialen auf Landesebene und die Sozialdemokraten auf Stadtebene stark verankert. Personalunionen von Parlamentariern und Funktionären der Interessenvertretungen garantierten gewisse Einflußmöglichkeiten für die Parteien.

Wie aus der Behandlung der politischen Kräfte und der soziologischen Zusammensetzung des Gemeinderates hervorgeht, können obige spekulative Verallgemeinerungen auch auf Linz angewendet werden. Die interne Struktur des Gemeinderates wurde auf Grund der Fraktionsdisziplin durch die Parteifraktionen bestimmt. Die politische Landschaft in Linz war die des Parteienstaates. Die disziplinierten Massenparteien (Sozialdemokraten und Christlichsoziale) veränderten durch das geschlossene Auftreten ihrer Funktionäre und Mitglieder die politische Struktur und damit die Formen, in der Gegensätze ausgetragen und gelegentlich ausgeglichen wurden. Die prinzipiellen Fragen waren auch in Linz, auf welche Weise Vollbeschäftigung, Währungsstabilität, Sozialpolitik und Wirtschaftswachstum angesichts einer schmalen ökonomischen Basis erzielt werden konnten und wer dafür bezahlen sollte. Die Politisierung der Gesellschaft war sowohl ideologisch wie organisatorisch weit fortgeschritten in der Form von Lagermentalität und dem hohen Grad der parteipolitischen Organisation der lokalen Wählerschaft. Die Parteien malten ihre von Ideologien geprägten Gesellschaftsbilder in vibranten Farben. Die gegenseitigen Feindbilder implizierten Unversöhnlichkeit.

Trotz dieses hohen Grades der Ideologisierung zeigte die politische Praxis zuweilen gemäßigte Züge. Man kann in Linz und Oberösterreich von einem gemäßigten politischen Klima sprechen, nicht im Sinne einer Sozialpartnerschaft, sondern in einer elitären Übereinstimmung, daß gewisse Mittel der Konfliktregulierung nicht erlaubt seien. In diesem begrenzten Sinne bedeutete das gemäßigte politische Klima nicht eine Absage an den Klassenkampf, sondern Übereinstimmung, im Klassenkampf keine gewaltsamen Mittel zu benutzen, obwohl dies Drohgesten in Form paramilitärischer Formationen nicht ausschloß. Eine politische Struktur, die durch hohe interne politische Kohäsion der Substrukturen charakterisiert ist, zeigt ihre Mäßigung gemäß den Theorien der Konkordanzdemokratie in der Fähigkeit der Eliten, friedliche Mechanismen des Interessenausgleichs, wie den Proporz, geschickt zu handhaben. Ohne Zweifel demonstrierten die Eliten auf Landes- und Stadtebene diese Fähigkeit. Man kann aber auch beobachten, daß derselbe Politiker, der auf Landesebene ein überzeugter Praktiker des Ausgleiches ist, auf Stadtebene eine etwas radikalere Haltung zeigt. Dies indiziert, daß die Mäßigung der Eliten nicht nur eine Funktion ihrer Psychologie, sondern auch anderer Kräfte ist. Der personelle Faktor wird vielleicht als Quelle politischer Kultur überschätzt. Die finanzielle Situation und wirtschaftliche Lage, das Stärkeverhältnis der politischen Parteien und die Gesellschaftsstruktur müssen als weitaus wichtigere Variablen betrachtet werden.

Oberösterreich war ein Bauernland, der Landtag ein Bauernlandtag; die Dominanz

der Bauern konnte von den Sozialdemokraten einfach nicht herausgefordert werden. Überspitzt kann man behaupten, daß die Bauern stark genug und die Sozialdemokraten schwach genug waren, um der Versuchung eines gewalttätigen Interessenausgleichs auszuweichen. Das Stärkeverhältnis der Parteien in Linz war jedoch derart, daß die Verschiebung von drei oder vier Mandaten, und damit ein Wechsel der Machtverhältnisse, durchaus im Bereich des Möglichen lag. Darüber hinaus und vielleicht noch wichtiger war, daß auf Grund der bauernfreundlichen und städtefeindlichen Politik der Bundesregierung die finanzielle Situation der Gemeindekasse ernst, die der Landeskasse einigermaßen zufriedenstellend war. Infolgedessen war wohl der soziale Unfrieden in Linz höher als auf dem Lande. Der gewaltfördernde Effekt hoher struktureller Arbeitslosigkeit macht sich in der Stadt eben mehr bemerkbar als auf dem Lande. Diese relativ höhere Deprivation hatte dann einen Rückkoppelungseffekt auf die Gemeindepolitik und führte zu Perioden verminderter Kooperation. In der Hierarchie der Ursachen, die ein gemäßigtes politisches Klima zur Folge haben, muß dann wohl die gemäßigte Elitenkultur in den Bereich der intervenierenden Variablen verwiesen werden. Die Elitenkultur kann einen historischen Wandel hinauszögern oder beschleunigen, aber sie kann ihn nicht verhindern, wie das Beispiel eines Schlegel eindeutig demonstriert.

Obwohl wegen des kleinen statistischen Universums Schlüsse aus der soziologischen Analyse nur spekulativ sein können, sticht ein Ergebnis heraus: Kein Abbau von ideologischen Inhalten (variable Konfessionszugehörigkeit) einerseits, Verbeamtungsprozeß der Parteien andererseits (Variablen erlernter und ausgeübter Beruf, Schichtenzugehörigkeit). Wir finden bereits eine starke personelle Verflechtung von politischen Funktionen und Verbandsfunktionen. Betriebsräte sind Gewerkschafts- und Parteifunktionäre. In zunehmendem Maße wird die Ausübung politischer Funktionen eine „hauptberufliche“ Tätigkeit. Diese Tendenz begünstigt Parteiangestellte, Kammersekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, Beamte in Land und Stadt auf Kosten der Freiberuflichen und der Selbständigen. Der Parteibeamte oder Parteiangestellte löst den Typus der Honoratioren ab. Auch der große politische Rhetor und der Parteitheoretiker, der Priester wird eine seltene Erscheinung. Mit Fraktionszwang und weitgehender beruflicher Bindung der Gemeinderäte zu Partei und Interessenverbänden ändert sich auch die Funktion des Gemeinderates als Institution. Politische Willensbildung verlagert sich vom Plenum in die Partien und Interessenvertretungen. Reden im Gemeinderat haben dann nicht mehr die Funktion, den politischen Gegner zu überzeugen, sondern rein demonstrativen Charakter.

Der Schlüssel zum Verständnis der österreichischen Politik liegt in der Unfähigkeit der etablierten Parteien, den „neuen“ Mittelstand zu integrieren. Zwar stellte der „neue“ Mittelstand den höchsten Prozentsatz der Gemeinderäte, aber absolut gesehen, konnte nur eine kleine Zahl akkommodiert werden. Nimmt man die Maxime, „wes Brot ich esse, des Lied ich sing“, als Ausgangspunkt, stellte sich für den „neuen“ Mittelstand bald heraus, daß die Establishment-Parteien nicht genug Brot zu offerieren hatten. Der „neue“ Mittelstand begann andere, häßliche Lieder zu singen. Seine Anfälligkeit für radikale Lösungen wird aus dieser Blockade seiner Fähigkeiten verständlich, wenn auch nicht entschuldbar.²⁹⁴

²⁹⁴ Zum Begriff der „skill blockade“ Harold D. Lasswell, *On Political Sociology*, Chicago 1977, 152–164; Heinz Eulau, *Skill Revolution and Consultative Commonwealth*. In: *American Political Science Review*, 67 (1973), 169–191.

In der Anfälligkeit der etablierten Parteien zum Faschismus ergibt sich eine klare Korrelation mit der Organisationsstärke der einzelnen Parteien. Hohe Anfälligkeit zeigte die Partei, die organisatorisch ins 19. Jahrhundert gehörte, die Großdeutsche Volkspartei, hohe Widerstandskraft jene Partei, deren Modernisierung am weitesten fortgeschritten war, die sozialdemokratische.

Eine Lokaluntersuchung ist immer in Gefahr, den Geschichtsablauf aus der Wurm-perspektive des lokalen Tagespolitikers zu betrachten. Der Verfasser hat sich daher bemüht, sich exzessiver Wertungen zu enthalten. Die wirklichen Entscheidungen dieser Geschichtsperiode fielen ja nicht in Linz, sondern in Rom und Berlin. In einer weiteren europäischen Perspektive wird die politische Entwicklung in Linz, ja in Österreich, ein peripheres Phänomen eines großen geschichtlichen Prozesses. Anders zu denken würde, um Robert Kann zu variieren, bedeuten, das große Weltgericht mit dem kleinen Bezirksgericht zu verwechseln.²⁹⁵

²⁹⁵ Robert Kann, Theorie des Geschichtsablaufs in Österreich von 1918 bis zur Gegenwart. In: Wissenschaft und Weltbild, Festschrift für Hertha Firnberg, hrsg. v. Wolf Frühauf, Wien 1975, 439.